

Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge.

Verantwortlicher Redakteur
Herrn Dr. phil. h. c. h. Dr. phil.
Herrn Dr. phil. h. c. h. Dr. phil.
Herrn Dr. phil. h. c. h. Dr. phil.
Herrn Dr. phil. h. c. h. Dr. phil.
Herrn Dr. phil. h. c. h. Dr. phil.

Das Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge erscheint täglich, ausser an Sonn- und Feiertagen, von 7 bis 12 Uhr Morgens. Die Abgabe des Blattes erfolgt durch den Postboten. Die Abgabe des Blattes erfolgt durch den Postboten. Die Abgabe des Blattes erfolgt durch den Postboten.

№. 231

Dienstag, den 5. Oktober 1920

15. Jahrgang

Das Neueste vom Tage.

Das schäffische Gesamtministerium hat beschlossen, in Berlin eine besondere Stelle zu errichten, die die Vertretung der Interessen der schäffischen Arbeiterklasse und der schäffischen Industrie übernehmen soll. Es hat mit dieser Aufgabe den früheren Ministerpräsidenten Dr. Grabner betraut.

Wie aus zuverlässiger Quelle gemeldet wird, betragen die Wiedereinnahmen der Reichsfinanz im Quartal Juli-September 9 1/2 Milliarden Mark.

Die Brüsseler Finanzkonferenz wird am Mittwoch wieder zu einer öffentlichen Sitzung zusammengetreten. Die Ausschüsse arbeiten inzwischen in geschlossenen Sitzungen an der Ausarbeitung der Entschlüsse.

Die mit dem Abschluss des Waffenstillstandes betrauten polnischen und litauischen Delegierten haben bereits ein Teilsabkommen in Bezug auf das linke Njemenufer abgeschlossen.

Das Ergebnis von Brüssel.

Es mag vorläufig klingen, aber man kann trotzdem schon heute sagen, welches das Ergebnis der gegenwärtigen Verhandlungen in Brüssel sein wird. Wägen die zahlreichen eingesetzten Kommissionen auch die finanztechnischen Probleme erörtern und einer aus den Verhältnissen gegebenen Lösung zustimmen, mag man den Wiederaufbau der europäischen Staaten beschließen, mag man selbst zum Beschluss über internationale Kredite kommen und mag man schließlich sogar — was allerdings höchst unwahrscheinlich ist — einen großen und langfristigen Kredit an Deutschland beschließen, das eigentliche Resultat aller Wenden und Verhandlungen wird doch das sein, dass Europa niemals aus seinen jetzigen tiefen Werten herauskommt, wenn nicht überall die Wirtschaftstätigkeit des Einzelnen und der Gesamtheit gesteigert wird. Immer wieder ist der Refrain der ausführlichen Reden auf der Konferenz der gewesen, dass nur produktivste Mehrleistung auf allen Gebieten den Mehrgewinn herbeiführen kann, mit dessen Hilfe der allgemeinen Finanznot abgeholfen werden könnte. Der japanische Delegierte Tschikata Ukubo hat das in die schönsten und eindringlichsten Worte gekleidet: man müsse die Massen überzeugen, dass man keine Reichtümer durch Rauberei schaffen könne, sondern dass man nur durch Arbeit in aller Welt den Wohlstand wieder herzustellen in der Lage ist. Das ist eine Weisheit, deren wir in Deutschland schon längst inne wurden, ohne doch ihrer Segnung teilhaftig zu werden. In der Tat, so ist es: nur wenn wir mehr und intensiver als bisher arbeiten, können wir den Verdienst steigern. Höhere Löhne sind gewiss zu erstreben, aber wir haben gesehen, dass dieses Streben nur die Schraube ohne Ende in Bewegung setzt. Diese Erkenntnis gewinnt allmählich auch in der Öffentlichkeit an Boden. Wenn überhaupt, so muss man in dieser Richtung optimistisch sein, und wir wollen uns freuen, wenn aus den Brüsseler Verhandlungen wenigstens das eine herauskommt, dass sich die Überzeugung von der allein rettenden Mehrleistung schließlich durchsetzt. Dann wäre Brüssel nicht umsonst gewesen, und dann würde das gesamte europäische Wirtschaftsproblem um einen immerhin nicht unerheblichen Schritt vorwärts gebracht werden.

Fortsetzung des Werkes von Brüssel.

Wie Havas aus Brüssel meldet, sei es jetzt schon fast sicher, dass die Finanzkonferenz für die Schaffung eines ständigen internationalen Finanzorganismus sich aussprechen werde, der unter dem Schutze des Völkerbundes das Werk der Konferenz von Brüssel fortsetzen werde. Da die Frage grundsätzlich gut gelöst werde, handle es sich jetzt darum, zu wissen, ob der Organismus vollständig neu geschaffen werde oder ob er etwas ähnliches wie das internationale Kontroll- und Missioneninstitut, das der belgische Finanzminister DeLacroix vorgeschlagen habe, sein solle oder ob, wie die Engländer vorzuziehen scheinen, man den Organismus einfach durch den Ausbau und die Ausdehnung der Vollmachten der bereits bestehenden Finanzabteilungen des Völkerbundes schaffen lasse. Man glaube, dass der letztere Vorschlag schließlich durchdringen werde.

Die Wirkung des Spa-Abkommens

Der August hat, wie vorausgesehen war, eine Klarheit über die Wirkung des Spa-Abkommens noch nicht gebracht. Eine aber lässt sich schon jetzt mit Sicherheit feststellen: fortanmässig wird sich der Ausfall von 900 000 Tonnen hochwertiger Kohle in den nächsten Monaten weit schlimmer auswirken als mengenmäßig. In der gegenwärtigen Periode wirtschaftlichen Drucks hat der von Monat zu Monat wachsende Grad der Beschäftigungslosigkeit einen entsprechend minderen Kohlenbedarf der Industrie zur Folge. Die Industrie hat auch wohl noch Vorräte aus vergangenen Monaten und hilft sich jetzt mit Erzeugnissen, mit Holz,

Torf, oder Kohlenbriketts bei mehr oder weniger eingeschränktem Betrieb. Fortanmässig jedoch wird der Ausfall von 900 000 Tonnen guter Kohle für die Industrie, die bisher nur hochwertige Kohle gebrauchen konnte, bereits jetzt schon recht spürbar, denn die hochwertige Kohle, die uns die Entente läßt, muß in erster Linie für die Verkehrsmittel, für Eisenbahn und Schiffsahrt, sowie für die Gasanstalten und Elektrizitätswerke verwendet werden. Immerhin zeigen sich auch hier schon deutliche Zeichen einer heranrückenden schweren Gefahr. So konnten der Eisenbahn nur mit Mühe ihre tabellarischen Verbrauchsmengen zugeführt werden. Gegenüber einem Soll von 1 398 000 Tonnen Kohlen konnte die Eisenbahn nur 1 191 000 Tonnen erhalten. Für die Binnenschifffahrt und für die Seefischdampfer reichte die hochwertige Sorte Kohlen schon im August nicht mehr aus. In Hamburg und Westfalen liegen bereits zahlreiche Seefischdampfer aus Mangel an Bunkerkohlen still. Die Belieferung der Gasanstalten hat im August nur 75 bis 80 Prozent des nötigen Solls betragen. Bei einzelnen Gasanstalten sind die Belieferungsquoten noch wesentlich unzulänglicher ausgefallen. Das gleiche gilt auch für die Elektrizitätswerke. Was die Industrie anbelangt, so muß darauf hingewiesen werden, dass mit dem fortanmässigen Rückgang in der Belieferung der Industrie notgedrungen ein Rückgang in der Leistungsfähigkeit Hand in Hand geht. Da nun mit der verringerten Leistungsfähigkeit notwendigerweise auch die Erzeugung sinkt, so wird auch die Möglichkeit der durch den Frieden von Versailles geforderten Wiedergutmachung stark in Frage gestellt.

Insbesondere Ueberblick an Kohle.

Die Deutsche Allgemeine Zeitung veröffentlicht eine Darstellung, aus der hervorgeht, dass die Pariser Gasanstalten eine Reserve von 900 000 Tonnen und die französischen Eisenbahnen eine solche von 800 000 Tonnen Kohlen besitzen, das also Frankreich unsere Kohlenlieferungen im August nicht verbraucht, sondern größtenteils als Reserve aufgestapelt hat. Die Pariser Gasanstalten haben demnach allein fast dreimal so viel Vorrat, als sämtliche deutsche Gasanstalten zusammen.

Die trostlose Lage Polens.

Die polnischen Rettungen in Oberschlesien versuchen zu zweien des Stimmenfalls eine rege Propaganda, indem sie den Oberschlesiern wie eine fata Morgana das polnische Paradies vorspiegeln und auf die deutsche Hilfe verweisen. Gewiss, es geht uns nicht gerade gut, aber die Zustände in Deutschland sind mit den polnischen in keiner Weise zu vergleichen. Wir können zurückgreifen auf polnische Zeugnisse selbst, und zwar ist insbesondere ein Kronzeuge für die trostlosen polnischen Zustände ja der polnische Finanzminister Grabski, der in Brüssel ein so erschütterndes Bild von der Finanzlage Polens gegeben hat. Der wichtigste Passus aber, den die Rede Grabskis enthält, war der, dass Polen überhaupt nicht in der Lage ist, zu einem wirtschaftlichen Wiederaufbau zu kommen, wenn es nicht Oberschlesien erhält. Durch dieses offenerzogene Eingeständnis wird am besten bewiesen, zu welchen Zwecken die Polen Oberschlesien haben wollen. Aber nicht nur Grabski ist Kronzeuge für die verwerflichen Verhältnisse des polnischen Staates, sondern man braucht nur einen Blick in die polnischen Rettungen zu tun, um zu erkennen, dass es mit der polnischen Herrlichkeit wirklich nicht weit her ist. So berichtet der in Warschau erscheinende Robotnik von einer Reise, die eine Warschauer Finanzdelegation in die besetzten Staaten unternommen hat, um dort eine Leihleihe aufzunehmen. Ueberall begegneten diese Delegierten verärgerten Leuten und verärgerten Händen. Selbst in Frankreich, das seine Hilfe zu Polen täglich in so schönen Worten dreht, reichen die Sympathien nicht so weit, dass sich eine dort angenommene Ansicht für Polen günstig kalkülieren würde. Der Robotnik weiß als Erklärung für diese Zustände auf die innere Lage Polens hin. Er sagt u. a., dass Polen zwar die Mehrzahl aller Staatsbürger verliert habe, dass in Wirklichkeit aber Staatsbürger zweiter und dritter Klasse dort vorhanden sind. Es wird weiter mitgeteilt, dass im polnischen Staatshaushalt nur 2 Prozent für das Schulwesen bestimmt und dass 50 v. H. der Bevölkerung Analphabeten sind. Das was die Polen in Oberschlesien an Deutschland so verdammten, wie Wucherer und Kettenhandel, gedeiht, nach dem Zeugnis des Robotnik, in ärgsten Mäßen gerade in Polen selbst. Die Anforderungen Korfants und seiner Getreuen werden also nicht ausreichen, um die Oberschlesier zu betören, denn die polnischen Selbstgespräche sind zweifellos eindringlicher als alle Vorspiegelungen polnischer Agitatoren in Oberschlesien.

Unsere Ernährung im kommenden Winter.

West. Anzeiger, 1920.

Im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft hat am Freitag eine Besprechung mit den Ernährungsministern der Länder stattge-

funden, bei der die gegenwärtig im Vordergrund stehenden Fragen der Ernährungswirtschaft einer besonderen Erörterung unterzogen wurden, namentlich die Brotgetreidewirtschaft und die Kartoffelverföhrung. Die Konferenz war sich klar darüber, dass ein großer Bedarf an Auslandsgetreide vorhanden sei, dass eine Steigerung dieses Bedarfs außerordentlich nachteilig sei und im Interesse der Reichsfinanzen nach Möglichkeit vermieden werden müsse. Wenn auch fast von allen Seiten berichtet wurde, dass die Roggenenernte nicht gut ausfallen sei, so wurde doch immer wieder die Notwendigkeit betont, dass die Getreideablieferung möglichst umfangreich sein müsse, um die Einfuhr zu verringern. Der Wunsch nach einer Erhöhung der Exportation wurde als durchaus verständlich und berechtigt anerkannt, zugleich wurde aber auf die Schwierigkeiten hingewiesen, die Erhöhung durchzuführen. Auf Wunsch Thüringens wurde die Frage eines Studienbrotverbotes besprochen, wobei darauf hingewiesen wurde, dass ein Studienbrotverbot besähe, dass es aber nicht angängig erscheine, das Verbot auch auf Privathaushaltungen zu erstrecken. Mehrfach wurde Klage darüber geführt, dass die berufenen Organe gegen Ausschreitungen und Uebertretungen zu wenig einschreiten. So würden fast überall weisse Brötchen gebacken und offen zum Verkauf angeboten, ohne dass die Polizeibehörden irgendwie eingreifen, während die Möglichkeit und die Pflicht zur Beschlagnahme vorliege. Als ein Hauptmittel für die Sicherung der Brotverföhrung wurde immer wieder auf eine verstärkte Anlieferung durch einheimische Vandröhrer und auf eine stärkere Erhaltung hingewiesen. Dabei wurde betont, dass in dieser Richtung eine Besserung nur durch die Tätigkeit der Landesregierungen erzielt werden könne, in deren Händen der Vollzug der einschlägigen Vorschriften der Reichsgetreideordnung liege.

Der Stand der Kartoffelverföhrung wurde von verschiedenen Vertretern der Länder wesentlich günstiger beurteilt, als das heute in der Öffentlichkeit geschieht, und zwar führte zu einer günstigeren Auffassung die Tatsache, dass die Kartoffelernte nach den einkommenden Nachrichten eine gute Mittelernte ist, und dass durch den Beschluss vom 29. September eine Einigung zwischen den Organisationen der Erzeuger sowie der Städte und Gewerkschaften über Niederhaltung der Preise zustande gekommen ist. Es wurde aber von verschiedenen Seiten die Meinung vertreten, dass der Öffentlichkeit sich eine gewisse Nervosität bemächtigt habe, obwohl die Ernte jetzt erst recht in Gang komme, und dass diese Nervosität zu übertriebenen Kaufversuchen und damit zu Preissteigerungen führe. Die Mehrzahl der Redner sprachen sich dahin aus, dass eine Aufhebung der abgeschlossenen Verträge durch das Reich nicht möglich sei, ohne dass das Vertrauen in die Verordnungen des Reiches erschüttert und damit für die Wirtschaft im nächsten Jahre eine große Gefahr heraufbeschworen würde. Der Leiter der Reichskartoffelstelle legte dar, dass die Verordnung über die Lieferverträge einschließlich der Preise auf die Initiative der Städte und Berufsvertretungen zurückgehe, nicht auf die der Reichsbehörden, die sich bemüht hätten, die Preise für Vertragskartoffeln durch Erniedrigung der Prämie von 5 Mark zu vermindern. Aus verschiedenen Landesteilen wurde berichtet, dass zwischen Verbrauchern und Erzeugern unter Führung der Provinzial- und Landesbehörden ein Uebereinkommen getroffen sei, wonach pro Hektar eine bestimmte Anzahl von Rentnern Kartoffeln zu einem Preise von 20 Mark und darunter für schlechter gestellte Familien, namentlich auch Arbeiterwitwen, zur Verfügung gestellt würden. Es wurde angeregt, diesem Beispiele in größerem Umfang zu folgen. Vor allem aber wurde die Erwartung ausgesprochen, dass der Preis von 25 Mark nach der Vereinbarung vom 27. September auch wirklich nicht überschritten werde.

Bei der Besprechung der Milchverzeugung wurde darauf hingewiesen, dass der zurzeit vom Reich festgesetzte Höchstpreis von 1,25 Mark nicht heraufgesetzt werden könne. Zur Vermeidung von Ungleichheiten in der Preisbildung und Belieferung wurde die Schaffung größerer Wirtschaftskreise in Aussicht genommen. Weiter wurde noch die Nährmittelwirtschaft besprochen, während die Aussprache über die Ein- und Ausfuhr wegen der vorgerückten Zeit vertagt werden musste. Die nächste Konferenz der Ernährungsminister soll Anfang November in Weimar stattfinden.

Kleine politische Meldungen.

Erzberger nicht im Finanzministerium. Zu der Meldung, dass der frühere Reichsfinanzminister Erzberger den größten Teil seiner Tätigkeit dem Reichsfinanzministerium widme und seine angebliche Tätigkeit mit dem Plan einer Zwangsanleihe im Zusammenhang stehe, wird der Germania von durchaus zuverlässiger, gutunterrichteter Seite mitgeteilt, dass an der ganzen Meldung kein wahres Wort sei. Erzberger habe nicht die Absicht, aus seiner bisherigen Zurückhaltung hervorzutreten.

408 000 Erwerbslose. Wie aus dem Reichsarbeitsministerium mitgeteilt wird, betrug die Zahl der männlichen Erwerbslosen am 15. September 305 898, der weiblichen Erwerbslosen 97 488, also insgesamt 408 386 gegenüber 414 716 am 1. September und 411 615 am 15. August. Zu den eigentlichen Erwerbslosen kommen 373 899 Familienangehörige, die als Zuschlagempfindler unterstellt werden. Ihre